

# SVP Uri spricht sich gegen mehr Majorz aus

**Generalversammlung** | Stimmfreigabe bei der Staf beschlossen

*Zweimal Nein, einmal Ja und einmal Stimmfreigabe: So lauten die Parolen der SVP Uri für die Abstimmung vom 19. Mai. Am meisten zu reden gaben die kantonalen Vorlagen.*

Simon Gisler

Nach der FDP und der CVP hat am Gründonnerstag auch die SVP Uri ihre Parolen für die Abstimmung vom 19. Mai gefasst. Wenig zu reden gaben die beiden eidgenössischen Vorlagen – allen voran der Bundesbeschluss betreffend die Übernahme der Richtlinie zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie. Bundesrat und Parlament empfehlen ein Ja zu dieser Teilrevision des Schweizer Waffenrechts. Die Schiess-tradition sei durch die Änderung in keiner Weise gefährdet. Zudem drohe im Falle einer Ablehnung das Ende der Zusammenarbeit mit dem Verbund der Schengen- und Dublin-Staaten. Ganz anders sieht dies Christian Simmen, der die Vorlage am vergangenen Donnerstagabend im Restaurant Tell in Bürglen vorstellte: «Das von der EU vorgeschlagene Gesetz hilft nicht, auch nur einen Terrorakt zu verhindern, es hilft auch nicht, die Kriminalität oder einen Suizid zu verhindern.» Stattdessen führe das Gesetz zu einem sehr hohen administrativen Aufwand und unnötigen Kosten. «Die Gesetzesvorlage bestraft viele Unbescholtene und ist alles andere als verhältnismässig», so der Präsident des Kantonschützenverbands Uri. Da das Gesetz keine Verbesserung bringe, sei eine weitere Verschärfung des Waffenrechts durch die EU nur eine Frage der Zeit. «Wenn wir diese Richtlinie annehmen, werden die Sturmge-



An der Generalversammlung der SVP Uri am Gründonnerstag in Bürglen wurde eifrig diskutiert. Im Bild von rechts: Präsident Pascal Blöchlinger, Vizepräsident Fabio Affentranger und Geschäftsleiter Ralph Wyrsch. FOTO: SIMON GISLER

wehre und Pistolen in den nächsten drei bis acht Jahren dem Staat abgegeben werden müssen», warnte Christian Simmen. «Schlussendlich geht es um die Grundsatzfrage, dass wir wieder ein Stück unserer Freiheit und Selbstbestimmung verlieren», ergänzte SVP-Geschäftsleiter Ralph Wyrsch. Die anwesenden Parteimitglieder fassten schliesslich einstimmig die Nein-Parole zur Umsetzung der verschärften EU-Waffenrichtlinie.

## Verstoss gegen Einheit der Materie

Beim Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (Staf) folgten die Mitglieder der SVP Uri mit 16 zu 6 Stimmen dem Beschluss ihrer Mutterpartei und votier-

ten für Stimmfreigabe. «Die Staf ist ein Kompromiss, mit dem eigentlich niemand zufrieden ist», sagte Pascal Blöchlinger, der das Geschäft vorstellte. Zwei sachfremde Themen miteinander zu verknüpfen, verstosse gegen den Grundsatz von der Einheit der Materie, kritisierte der Parteipräsident: «Der Bürger kann nicht zur Steuervorlage Ja sagen und zur AHV Nein, sondern er kann nur zum Ganzen Ja oder Nein sagen.» Für die SVP sei die Steuervorlage annehmbar, so Pascal Blöchlinger. Das neue Unternehmenssteuersystem sei international akzeptiert und attraktiv. Schweizer KMU und ausländische Unternehmen würden gleich besteuert, und Kantone sowie Gemeinden profitierten von bis zu 1 Milliarde Franken. Dagegen werde einmal mehr einfach Geld in die AHV hineingepumpt, ohne dass das demografische Problem gelöst werde, monierte der Altdorfer: «Man gibt ein Zückerchen, ohne dass die linke Seite Kompromisse eingehen muss!»

## Übers Ziel hinausgeschossen

Weitaus mehr zu reden als die beiden eidgenössischen gaben die beiden kantonalen Vorlagen – insbesondere die Änderung der Kantonsverfassung. Der Änderung des Gesetzes über die Verhältniswahl des Landrats (Proporzgesetz) stimmten die Parteimit-

glieder nach kurzer Diskussion mit 28 zu 2 bei 3 Enthaltungen deutlich zu. «Laut dem Bundesgericht haben wir keine andere Alternative», erklärte Fabio Affentranger, der die Vorlage vorstellte. Bei der Änderung der Kantonsverfassung aber habe der Landrat über das Ziel hinausgeschossen, kritisierte der SVP-Vizepräsident. Mit der Ausdehnung der Majorzwahl auf die vier Gemeinden Attinghausen, Flüelen, Seedorf und Silenen sei eher den linken Parteien geholfen. «Für die SVP war das Majorzsystem noch nie ein gutes.» Junge, die sich in der Politik engagieren möchten, hätten im Majorz nur wenig Chancen, gewählt zu werden, gab Fabio Affentranger weiter zu bedenken. «Wahlssysteme sind sehr komplex, wenn wir zu viel ändern, dann wird es für die Wählerinnen und Wähler noch viel schwieriger. Zudem ist eine Majorzausdehnung immer auch eine Gefahr, dass es zweite Wahlgänge gibt, welche die Partei noch einmal kosten, und bei denen die Abstimmenden noch einmal an die Urne müssen.» In Anbetracht der ohnehin schon tiefen Stimmbeteiligung mache ein solches Szenario keinen Sinn.

## Kandidaten würden verheizt

Es gab aber auch Stimmen, die sich für die Verfassungsänderung und die damit verbundene Ausdehnung der Majorzwahl aussprachen. In Gemeinden, in denen nach dem Doppelten Pukelsheim gewählt werde, bestünde die Gefahr, dass Kandidaten ohne reelle Wahlchance verheizt würden, nur um einige Stimmen zu holen, die in der Summe einen zusätzlichen Sitz bedeuten könnten, so Alois Arnold (1981). «Und da frage ich mich, ob sich dieser Aufwand lohnt oder ob man mit dem Majorz nicht besser fahren würde.» Bei der mitunter emotional geführten Diskussion um die Änderung der Kantonsverfassung wurde vor allem auch eines klar: Die Vorlage ist sehr komplex und für viele nur teilweise oder gar nicht verständlich. Oder wie es ein Parteimitglied aus dem Oberland formulierte: «Jetzt erklär doch Du einem normal denkenden Urschner diesen blöden Pukelsheim! Lasst das System doch so, wie es ist!» Mit 29 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung sprachen sich die Anwesenden letztlich klar gegen die Annahme der Verfassungsänderung aus.

## Am 23. Mai wird nominiert

Vor der Parolenfassung für die Abstimmung vom 19. Mai hielt die SVP Uri ihre 21. Generalversammlung ab. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2018, die mit einem Minus von 113 Franken schloss, wurden einstimmig genehmigt. Der Mitgliederbeitrag bleibt unverändert. Mario Schmidt (Schattdorf) wurde für zwei weitere Jahre als Mitglied in den Kantonalvorstand gewählt. Nachdem Nationalrat Beat

Arnold aus gesundheitlichen Gründen seinen Verzicht für die kommenden Wahlen bekannt gab, hat die SVP für die Regierungswahlen die Kandidatur von Landrat Christian Arnold (Seedorf) angekündigt. Wer für die SVP sonst noch ins Rennen um einen Sitz im Regierungs- beziehungsweise National- und Ständerat gehen wird, wird sich an der Nominiertenversammlung der Partei am 23. Mai weisen. (sig)

## «Der Regierungsrat fällt den Gemeinden in den Rücken»

**SVP** | Strategie 2021 der Urner Kantonalbank

*Die SVP ist alles andere als zufrieden mit der Antwort des Regierungsrats auf ihre Motion zur Strategie der Urner Kantonalbank – und hält daher an ihrer Forderung nach Abberufung des Bankratspräsidenten fest.*

Simon Gisler

In der Februarsession des Landrats hatten die beiden SVP-Landräte Christian Schuler (Erstfeld) als Erstunterzeichner und Pascal Blöchlinger (Altdorf) als Zweitunterzeichner eine Motion eingereicht, in der sie den Kopf von Heini Sommer, dem Bankratspräsidenten der Urner Kantonalbank (UKB), forderten. Gleichzeitig verlangten die beiden Motiönäre vom Regierungsrat, den volkswirtschaftlichen Auftrag an die grösste Urner Bank neu zu definieren. Vor einer Woche gab der Regierungsrat schliesslich bekannt, dass er hinter der Strategie 2021 der UKB steht und weder einen Grund für die Abberufung des Bankratspräsidenten sieht noch für eine Neudefinition des volkswirtschaftlichen Auftrags an die Bank.

Bei der SVP stösst die Antwort des Regierungsrats auf die Motion von Christian Schuler und Pascal Blöchlinger auf völliges Unverständnis. «Der Regierungsrat hat erneut eine Chance verpasst, bei der Urner Kantonalbank einzugreifen», heisst es in einer Medienmitteilung der Partei vom Montag, 22. April. «Anstelle dringend notwendiger Korrekturen stärkt der Regierungsrat dem Bankrat und der Bankleitung den Rücken und fällt damit unter anderem den Gemeinden in den Rücken.» Indem er sich voll hinter die Strategie 2021 der UKB stelle, spiele der Regierungsrat auf Zeit und wolle sich so aus der Verantwortung nehmen, kritisiert die SVP: «Der Regierungsrat und insbesondere der Finanzdirektor haben es bereits im Dezember 2019 verpasst, bei der Nichtkonsultation und ersten Kommunikation korrigierend einzugreifen.»

### «Alter Wein in neuen Schläuchen»

Die neue Distributionsstrategie der UKB sieht vor, klassische Bankfilialen künftig nur noch in Altdorf und Andermatt zu betreiben. In den Zweigstellen in Bürglen, Schattdorf und Erstfeld soll das Schalterpersonal durch einen Videoservice ersetzt werden. Die Standorte Göschenen, Was-

sen und Seelisberg wiederum will die grösste Urner Bank ganz aufgeben. Aus Sicht der SVP ist die Antwort des Regierungsrats auf die Motion von Christian Schuler und Pascal Blöchlinger nichts weiter als «alter Wein in neuen Schläuchen»: «Der Regierungsrat befasst sich darin mehr um juristisches Geplänkel als um die zentralen Anliegen des Vorstosses. Er ist sich seiner Verantwortung nicht bewusst und macht dies sogar in seinen Ausführungen noch deutlich.» Und weiter: «Dass mit der faktischen Schliessung fast aller Filialen die Eigentümerstrategie verletzt werden könnte, eine Strategie, über die der Landrat beschliesst, zu diesem schwerwiegenden Vorwurf bekommt der Leser keine Antwort.» Zudem gehe der Regierungsrat mit keinem Satz auf den geplanten neuen Hauptsitz der Bank am Bahnhof Altdorf ein. Das 30-Millionen-Franken-Projekt sei «überdimensioniert» und ein «Klumpenrisiko», für das am Schluss der Urner Steuerzahler als Eigentümer die Verantwortung trage, warnt die SVP in ihrer Medienmitteilung.

### «Tragweite der Problematik nicht verstanden»

Weiter weist die Partei darauf hin, dass sich der Sachaufwand der UKB

im vergangenen Geschäftsjahr wegen Aufwendungen im Zusammenhang mit diversen Strategieprojekten um 1,74 Millionen Franken erhöht habe. «Die behauptete Nachhaltigkeit dieser sogenannten Investitionen wird die Bankleitung beziehungsweise der Bankrat noch im künftigen Geschäftsalltag beweisen müssen. Anstelle von mehr Vertrauen beim Personal und in der Urner Bevölkerung zu erarbeiten, wurde mit einem teuren Strategieprojekt viel Unmut und Unsicherheit geschaffen», kritisiert die SVP. «Verantwortlich für diesen Zustand ist der Bankrat und die Bankleitung und nicht zuletzt auch der Regierungsrat, welcher die Tragweite der ganzen Problematik nicht verstanden hat.»

### Partei hält an Motion fest

Aus diesen Gründen will die SVP denn auch nicht von ihrer Forderung nach Abberufung des UKB-Bankratspräsidenten sowie der Neudefinierung des volkswirtschaftlichen Auftrags an die UKB abrücken. «Wir halten klar an den Forderungen der Motion fest», betont die Partei in ihrer Medienmitteilung vom Montag. Über die Motion der SVP wird der Landrat an seiner Sitzung vom 22. Mai befinden.

## PERSÖNLICH

### Unesco-Welterbe Uri?

*Wo befindet sich das bedeutendste Bauwerk der modernen Schweiz? Natürlich im*



*Kanton Uri (und Tessin). Mit dem damals längsten Tunnel der Welt und den spektakulären Kehrtunneln*

*eröffnete die Schweiz 1882 ein Bauwerk, das in wenigen Jahren zur wichtigsten Alpentransversale aufstieg. Die Linienführung war so grosszügig geplant, dass diese mehr als 100 Jahre den wachsenden Bedürfnissen angepasst werden konnte.*

*Mit der Eröffnung des Basistunnels 2016 steht die Strecke für eine abgeschlossene historische Phase der Industrialisierung. Die Gotthard-Bergstrecke zeichnet sich mit der integral erhaltenen Linienführung, dem Doppelspurausbau, der Elektrifizierung und ein wenig eingeschränkt mit den erneuerten Brücken als einzigartiges Denkmal aus. Die Antwort des Bundesrates auf das*

*Postulat von Ständerat Isidor Baumann bestätigte 2014 einerseits, dass die Gotthardlinie welterbebewürdig ist und andererseits die Eröffnung des Ceneritunnels abgewartet werden soll, um zu prüfen, wie die Strecke in Zukunft betrieben wird und welches*

*touristische Potenzial diese hat. Für die Erhaltung der Strecke wichtig ist, dass die Südostbahn ab Ende 2020 vom Mittelland wieder ohne Umsteigen über den Gotthard fährt. Damit dient die Strecke nicht nur der regionalen Erschliessung, sondern bringt Touristen mit dem öV in die Region und vermindert damit auch das Verkehrsschaos zwischen Göschenen und Andermatt. Im Kanton Uri beginnen um die Gotthard-Bergstrecke erste touristische Angebote zu blühen. Im Sommer befahren die SBB die Strecke regelmässig mit dem Gotthard-Panoramaexpress. Uri Tourismus bietet auf [www.tunnel-erlebnis.ch](http://www.tunnel-erlebnis.ch) verschiedene Führungen an. SBB Historic fährt im Sommer jeden ersten Samstag im Monat mit einem historischen Zug schon fast im Takt. Nicht zu vergessen sind der Steinbruch Antonini in Wassen und der Rundgang mit der Sprengschau in Göschenen. Ein schönes Symbol, die Gotthard-Bergstrecke als Unesco-Welterbe erhalten zu wollen, wäre ein Bild des Regierungsrats mit diesem Denkmal im Hintergrund. Der Regierungsrat könnte sich zum Beispiel im «Brückenmuseum» in Göschenen ablichten lassen. Die Bilder vor dem Rathaus und der Teufelsbrücke sowie dem Eingangportal des Basistunnels der letzten Jahre decken die Zeit vor und nach der Gotthardlinie schon stimmungsvoll ab.*

*Ein schönes Symbol, die Gotthard-Bergstrecke als Unesco-Welterbe erhalten zu wollen, wäre ein Bild des Regierungsrats mit diesem Denkmal im Hintergrund. Der Regierungsrat könnte sich zum Beispiel im «Brückenmuseum» in Göschenen ablichten lassen. Die Bilder vor dem Rathaus und der Teufelsbrücke sowie dem Eingangportal des Basistunnels der letzten Jahre decken die Zeit vor und nach der Gotthardlinie schon stimmungsvoll ab.*

*Ein schönes Symbol, die Gotthard-Bergstrecke als Unesco-Welterbe erhalten zu wollen, wäre ein Bild des Regierungsrats mit diesem Denkmal im Hintergrund. Der Regierungsrat könnte sich zum Beispiel im «Brückenmuseum» in Göschenen ablichten lassen. Die Bilder vor dem Rathaus und der Teufelsbrücke sowie dem Eingangportal des Basistunnels der letzten Jahre decken die Zeit vor und nach der Gotthardlinie schon stimmungsvoll ab.*

Kilian T. Elsasser

Kilian T. Elsasser ist selbstständiger Museumsexperte, Ausstellungskurator und Gotthardspezialist.